



Hans-Michael Goldmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender der niedersächsischen Landesgruppe
in der FDP-Bundestagsfraktion

Hans-Michael Goldmann, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

Bundestag

Hans-Michael Goldmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-7 38 11
Fax: (0 30) 2 27-7 67 11
e-mail: bundestag@michael-goldmann.de

<http://www.michael-goldmann.de>

Wahlkreis

Hans-Michael Goldmann, MdB
Poststraße 32
26871 Aschendorf
Tel.: (0 49 62) 91 43 93
Fax: (0 49 62) 91 43 31
e-mail: wahlkreis@michael-goldmann.de

Berlin, den 12. Mai 2009

Verbot von Paintball ist nur populistische Symbolpolitik

Die Planung der großen Koalition aus CDU, CSU und SPD zum Verbot von Kampfspielen wie Paintball lehnt die FDP ab.

Schon jetzt ist das Spiel in der Öffentlichkeit untersagt und die 'Markierer' können nur von Volljährigen erworben werden. Ein ursächlicher Zusammenhang derartiger Spiele mit dem Anlass des Verbots, nämlich Amokläufen wie jüngst etwa dem von Winnenden, ist nicht gegeben.

Ein solches Verbot wäre wieder einmal ein Paradebeispiel für wirkungslose Symbolpolitik, wie sie bei CDU/CSU und SPD leider an der Tagesordnung ist. Statt die eigentlichen Ursachen von Gewaltkriminalität anzugehen, werden Nebenschauplätze eröffnet, die vom Versagen der Koalition bei der Bekämpfung der eigentlichen Probleme ablenken sollen.

Statt solcher Ablenkungsmanöver muss Gewalt- und Kriminalprävention einen höheren Stellenwert bekommen. Es muss früher und sensibler wahrgenommen werden, wenn Kinder, Schüler oder Freunde sich absondern oder Probleme mit sich tragen. Das Entgegenwirken von Vereinzelungs- und Isolationstendenzen bei insbesondere jungen Menschen ist eine bedeutende gesellschaftliche Herausforderung, auch und gerade vor Ort.

Wer ernsthaft glaubt, dass Spiele wie Paintball ursächlich für Gewalttätigkeit und Aggressivität sind, der müsste auch olympische Sportarten wie Fechten und Boxen, aber auch Völkerball verbieten.

Die FDP steht für eine solche Scheinpolitik nicht zur Verfügung. Wir hoffen, dass die Bundestagswahl am 27. September dazu führt, dass die FDP in einer Regierungskoalition die fehlgeleitete Verbotspolitik der Regierung verhindern und ihre sachorientierte Position durchsetzen kann.